

Antrag 2026/I/Innen/5

Kreis Nord

Resilienz als oberstes Schutzgebot: Optimale Informationen aus einer Hand als Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge sicherstellen

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die Mitglieder der SPD-Fraktion in der
- 3 Hamburgischen Bürgerschaft werden aufgefordert,
- 4 1. darauf hinzuwirken, dass die Hamburger Bevölkerung und auch andere Menschen, die
- 5 sich regelmäßig in Hamburg aufhalten auf altbekannten (analogen) wie auch digitalen
- 6 Kommunikationswegen umfassend und aus einer Hand über das Verhalten in Katastro-
- 7 phenfällen, Notsituationen und Maßnahmen, die der Einzelne zum Eigenschutz ergreifen
- 8 kann unter Berücksichtigung lokaler Besonderheiten regelmäßig informiert werden. Die
- 9 bestehenden Informationen sollen adressatengerecht und behördenübergreifend ausge-
- 10 baut werden. Aus den Informationen soll deutlich hervorgehen, was an Leistung staatlich
- 11 eingesetzt werden kann und was von Bürger*innen vor allem im Bereich der Vorsorge
- 12 selbst aufzubringen ist,
- 13 2. darauf hinzuwirken, dass Evakuierungspunkte und für die öffentliche Information geeig-
- 14 nete Ort Geoportal hinterlegt werden und einschlägige Informationen in oder an öffentli-
- 15 chen Gebäuden wiederholt und aktualisiert bekannt gemacht werden, die beispielsweise
- 16 beinhalten, wie die Trinkwasserversorgung im Notfall oder der Internetzugang sicherge-
- 17 stellt wird,
- 18 3. darauf hinzuwirken, dass beispielsweise Sicherheitsbeauftragten in den Betrieben und
- 19 öffentlichen Einrichtungen auf Fortbildungsmöglichkeiten zum Katastrophenschutz hin-
- 20 gewiesen werden und dazu angehalten werden, das erworbene Wissen nicht nur selbst
- 21 anzuwenden, sondern im Betrieb oder der Einrichtung zu teilen und
- 22 4. darauf hinzuwirken, dass die Kurse zur Ersthilfe mit Selbstschutzzinhalten (EHSK) des
- 23 Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in der breiten Bevölkerung
- 24 bekannt werden und die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zur Einarbeitung
- 25 von Katastrophenschutzinhalten in die Schulungen von Sicherheitsbeauftragten oder
- 26 Brandschutzbeauftragten oder anderem geeigneten Personal zu prüfen.

27 Begründung

28 Bereits 2025 hat die SPD Hamburg mit dem Antrag 2025/II/Ini/1 ("Wenn die Sirenen heulen -
29 Hamburg braucht eine aktive Aufklärungskampagne zum Katastrophenschutz") den Grund-
30 stein für eine Aufklärungskampagne zum Katastrophenschutz gelegt. Anlass war der Sirenen-
31 fehlalarm im Oktober 2025, der gezeigt hat, dass große Teile der Hamburger Bevölkerung Si-
32 renensignale nicht (mehr) verstehen. Das führte dazu, dass der Betrieb der Notrufe von Polizei
33 und Feuerwehr teilweise stark beeinträchtigt war, weil zu viele Menschen versuchten, sich über

34 den Notruf über die Ursache des Alarms zu informieren. Echte Notfälle konnten dadurch nach
35 Angaben eines Feuerwehrsprechers nicht schnell genug bearbeitet werden.

36 Der durch Sabotage verursachte Stromausfall in Berlin mit ca. 100.000 Betroffenen sowie zu-
37 nehmende Sabotageakte anderer Staaten oder ausländischer Akteure zeigen jedoch, dass es
38 nicht mehr ausreicht, wenn sich Hamburg und die Hamburger*innen "nur" auf Naturkatastro-
39 phen wie Sturmfluten vorbereiten. Auch die Auswirkungen von menschengemachten Katastro-
40 phen oder Notsituationen müssen zunehmend in den Blick genommen werden.

41 Ziel einer solchen Kampagne muss sein, dass möglichst viele, bestenfalls alle Menschen, die in
42 Hamburg wohnen oder sich regelmäßig in Hamburg aufhalten, wissen, wie sie sich selbst auf
43 einen Katastrophenfall vorbereiten können und auf welche Ressourcen sie in diesem Fall zu-
44 rückgreifen können, etwa falls die Strom- oder Wasserversorgung beeinträchtigt werden sollte.

45 Diese Informationen sollten behördenübergreifend erfolgen, damit sich die Adressaten bspw.
46 nicht die nötigen Informationen aus den verschiedenen Flyern verschiedener Landes- und Bun-
47 desbehörden zusammensuchen müssen und lokale Besonderheiten angemessen abgebildet
48 werden können. Je nach Format der Information sollten sowohl die allgemeinen Empfehlun-
49 gen des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zur Vorsorge von Krisen
50 und Katastrophen beinhaltet werden als auch ortsspezifische Angaben gemacht werden, etwa
51 zu den verschiedenen Lagesituationen oder der Rolle und den Aufgaben der Verwaltung vor
52 Ort und den Umgang mit der Trinkwasserversorgung oder Evakuierungsstellen im jeweiligen
53 Bezirk.